

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 07.01.2021
als digitale Sitzung

Beginn: 17:03 Uhr Ende: 18:58 Uhr

§§ 1 - 4 öffentlich

ANWESENHEIT

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader (stimmberechtigt)

Mitglieder

Stadträtin Renata Alt
Stadtrat Reinhold Ambacher
Stadtrat Michael Attinger
Stadtrat Andreas Banzhaf
Stadtrat Dr. Jürgen Berghold
Stadtrat Hans-Peter Birkenmaier
Stadtrat Max Blon
Stadtrat Heinrich Brinker
Stadträtin Tonja Brinks
Stadträtin Sabine Bur am Orde-Käß
Stadträtin Ute Dahner
Stadtrat Marc Eisenmann bis 18:40 Uhr, § 4 ö
Stadtrat Ralf Gerber
Stadträtin Marianne Gmelin
Stadtrat Stefan Gölz
Stadtrat Dieter Franz Hoff
Stadtrat Hans Kahle
Stadtrat Andreas Kenner bis 18:15 Uhr, § 4 ö
Stadtrat Rainer Kneile
Stadtrat Ulrich Kreyscher
Stadtrat Ulrich Kübler
Stadträtin Sabine Lauterwasser
Stadtrat Manfred Machoczek
Stadtrat Dr. Christoph Miller
Stadtrat Gerd Mogler
Stadtrat Tobias Öhrlich
Stadträtin Dr. Natalie Pfau-Weller
Stadtrat Dr. Thilo Rose
Stadtrat Florian Schepp bis 18:40 Uhr, § 4 ö
Stadträtin Bettina Schmauder
Stadträtin Lena Weithofer
Stadträtin Martina Zuber

Entschuldigt

Stadträtin Eva Baudouin
Stadtrat Michael Faulhaber
Stadtrat Michael Gänßle
Stadtrat Christoph Lempp
Stadtrat Wilfried Veesper

aus beruflichen Gründen verhindert
aus privaten Gründen verhindert
aus privaten Gründen verhindert
aus privaten Gründen verhindert
aus beruflichen Gründen verhindert

Verwaltung

Bürgermeister Stefan Wörner
Ortsvorsteher Hermann Kik (Ötlingen)
Ortsvorsteherin Gabriele Armbruster (Jesingen)
Frau Birgit Spann (Gebäude und Grundstücke)
Frau Jasmin Kögel (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Schriftführer/in

Frau Jana Reichle (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

OB Dr. Bader betont, dass es sich heute um die erste digitale Sitzung des Kirchheimer Gemeinderates handle. Die Öffentlichkeit und die Verwaltung befänden sich im großen Sitzungssaal des Rathauses (Marktstraße 14). Die Ratsmitglieder seien digital über Microsoft Teams zugeschaltet. Es handle sich hierbei um eine Premiere. Die Voraussetzungen hierfür seien mit einer Hauptsatzungsänderung in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2020 (§ 128 ö, Sitzungsvorlage GR/2020/118) geschaffen worden. Die Stadt würde neue Wege gehen. Er erläutert kurz die Spielregeln, die dem Gemeinderat bereits vor der Sitzung schriftlich zugegangen seien. Er bittet darum, auf die konsequente Stummschaltung zu achten. Wenn jemand etwas sagen wolle, solle die virtuelle Hand gehoben werden. Der Aufruf erfolge in der Reihenfolge des Handhebens. Die Rednerin/Der Redner solle dann für die Dauer der Wortmeldung das Mikrofon aktivieren. Nach Beendigung der Wortmeldung sei die Stummschaltung wieder zu aktivieren. Auch die Abstimmungen würden über das virtuelle Handheben erfolgen. Für technischen Support sei die städtische IT auch während der Sitzung telefonisch erreichbar. Aufgrund der Probleme, die es in der Probesitzung teilweise bei der Ansicht der Präsentationen gegeben habe, habe die Verwaltung den Räten die Präsentation vorab zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit des Abrufs sei damit auch in diesem Fall gegeben.

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2020 sind keine Beschlüsse bekannt zu geben.

Einwohner/innen fragen - die Verwaltung antwortet

Keine Wortmeldungen.

**Brandschutzmaßnahmen (2. Bauabschnitt), Sanierung
der NWT-Räume und Digitalisierung an der Alleenschule
- Vorstellung der Entwurfsplanung
- Freigabe der Ausschreibung**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 38
Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 34

Beschluss Nr. 1

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

34 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

Antrag von StR Eisenmann (SPD) und StR Dr. Miller (Freie Wähler):

Auftrag an die Verwaltung, einen Workshop zum Thema „Brandschutz im Bestand“ gemeinsam mit je einer Vertretung pro Fraktion/Gruppierung durchzuführen.

Beschluss Nr. 2

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

17 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

Antrag von StR Eisenmann (SPD) und StR Dr. Miller (Freie Wähler):

Einrichtung eines Bauausschusses, in dem Sanierungsmaßnahmen in städtischen Gebäuden, in deren Zuge auch Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden, vor Einbringung ins Gremium beraten und detaillierter diskutiert werden können.

Beschluss Nr. 3

Der Antrag erhält eine Mehrheit bei

27 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen
0 Nicht abgestimmt

1. Zustimmung zur Entwurfsplanung mit Kostenberechnung in Höhe von 2.433.000 Euro, wie in der Sitzungsvorlage GR/2020/148 dargestellt.
2. Freigabe der Ausschreibung für den Brandschutz (2. Bauabschnitt), NWT-Raum und Digitalisierung, vorbehaltlich der Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2021 durch das Regierungspräsidium.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

- Vw.stab 1. Beantwortung des Antrags der SPD-Fraktion vom 23.12.2020, Umsetzung ergänzender Maßnahmen zum Schutz von vulnerablen Personengruppen vor einer möglichen Ansteckung mit dem SARS-CoV-2 Virus

OB Dr. Bader geht auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 23.12.2020 ein und trägt die Stellungnahme der Stadtverwaltung vor. Zusätzlich ergänzt er, dass er hinsichtlich der separaten Einkaufszeiten für vulnerable Personengruppen bereits Kontakt zum City Ring aufgenommen habe. Der City Ring teile die Auffassung, die auch die Stadtverwaltung in der schriftlichen Stellungnahme dargelegt habe.

Auf die Anlage zum Protokoll (Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion vom 23.12.2020) wird verwiesen.

StR Dr. Berghold (Grüne) bedankt sich für die ausführlichen und fundierten Auskünfte.

OB Dr. Bader ergänzt, dass bei den Schnelltests vor Weihnachten rund ein Prozent aller Tests positiv gewesen sei. Insofern habe sich die Testaktion gelohnt.

StRin Alt (FDP/KiBü) verweist auf die Aussage von OB Dr. Bader, wonach der Einzelhandel mit separaten Einkaufszeiten für ältere Menschen nicht einverstanden sei. Da sie selbst in der Außenpolitik tätig sei, wisse sie, dass andere Länder in Europa dies bereits mit Erfolg praktizieren würden. Hier könnten Senioren über 60 während eines zweistündigen Korridors am Morgen einkaufen gehen. Im Fokus stünden hierbei insbesondere Lebensmittelgeschäfte. Sie verweist auf die Ängste, die die Senioren beim Einkauf hätten. Die besagten Länder hätten mit dieser Maßnahme sehr positive Erfahrungen gemacht. Es sei ein positiver Effekt festzustellen gewesen. Sie fragt, mit welcher Begründung der Kirchheimer Einzelhandel dies abgelehnt habe.

OB Dr. Bader macht deutlich, dass es sich bei der von ihm vorgetragene Rückmeldung um eine Einschätzung des City Rings handle. Deren Geschäfte seien aktuell größtenteils geschlossen. Die Kundenfrequenz sei niedrig. Die Einzelhändler würden den Kunden - außerhalb des aktuellen Lockdowns - bereits Einzeltermine außerhalb der Öffnungszeiten anbieten. Wenn nun die Kundschaft zusätzlich eingeschränkt werde, dann handle es sich auch um einen wirtschaftlichen Aspekt. Er stimmt StRin Alt (FDP/KiBü) zu, dass diese Maßnahme vor allem auch im Lebensmitteleinzelhandel Sinn mache. Mit dieser Branche habe er noch keine Gespräche geführt. Er befürchtet, dass es schwierig sein könnte, große Ketten entsprechend zu überzeugen - zumal die Parkplätze aktuell anhaltend voll seien.

StR Gerber (Freie Wähler) geht auf die Aussage ein, wonach der City Ring nicht bereit gewesen sei. In anderen Ländern werde die Ausweisung von separaten Zeitkorridoren von oben vorgegeben. Wenn die Regierung klar definiere, wer anspruchsberechtigt sei, sei der Einzelhandel auch gerne bereit,

vulnerable Gruppen zu bestimmten Zeiten zu bedienen. Wenn eine Mutter mit ihren Kindern in der Stadt unterwegs sei, falle es schwer, diese abzuweisen. Wenn es sich dagegen um eine eindeutige Vorgabe handle, seien selbstverständlich auch die Geschäfte hierzu bereit. Er wolle sichergehen, dass die Stellungnahme des City Rings richtig verstanden werde.

StR Eisenmann (SPD) verweist auf die gestellten Anträge und bedankt sich für die mündlichen Ausführungen. Die Corona-Situation werde sich in absehbarer Zeit voraussichtlich nicht wesentlich bessern. Die SPD-Fraktion habe sich daher in ihrem Antrag vom Tübinger Beispiel leiten lassen. In Tübingen sei die gesonderte Beförderung von vulnerablen Gruppen erfolgreich. Auch die separaten Einkaufszeiten halte er weiterhin für sinnvoll. Er interessiert sich dafür, wie in der Folge weiter mit den Anträgen umgegangen werde. Selbstverständlich müsse er nicht über die aktuellen Fallzahlen informiert werden. Die Seite des Landratsamtes hierzu kenne er auch. Jedoch sei es wichtig, aus den Zahlen zielführende Maßnahmen abzuleiten. Er erinnert an den Einsatz von StRin Gmelin (SPD) und StR Gerber (Freie Wähler) zu Aufstellmöglichkeiten für Marktbesucher in der Innenstadt. Hätte man diese Entscheidung alleine dem Verwaltungsstab überlassen, wäre dies abgelehnt worden, da man hier zu einer anderen Einschätzung gelangt sei. Ferner erhofft er sich Informationen, wie die Stadtverwaltung die stetig neuen Verordnungen konkret umsetze. In den gestellten Anträgen erkennt er das Potential mit eigenen Maßnahmen, Dinge in der Stadt weiter zu optimieren und so die Infektionszahlen zu senken.

OB Dr. Bader betont, dass das Ziel der Stadtverwaltung eine schnelle Rückmeldung gewesen sei. Die vollständige Stellungnahme der Stadtverwaltung werde dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt. Er bittet um Durchsicht. Sollte die Beantwortung nicht ausreichend sein, bräuchte die Stadtverwaltung - insbesondere bei dem den ÖPNV betreffenden Antrag - eine Konkretisierung durch die Fraktion. Auf Basis des seitherigen Antrags sei es schwer, eine präzisere Stellungnahme abzugeben. Sofern gewünscht, könnte in der nächsten Sitzungsrunde auch hierüber abgestimmt werden.

StR Eisenmann (SPD) bestätigt, dass er die Anträge nochmals ausformulieren werde. Seines Erachtens sollte sich Kirchheim unter Teck jedoch an Tübingen anlehnen. Der Transport von vulnerablen Gruppen könnte auf Taxifahrten umgestellt werden. Dies solle von der Stadtverwaltung entsprechend geprüft werden. Ganz so unspezifisch wie OB Dr. Bader sage, sei der Antrag nicht gewesen. Er verweist auf die aktuell kritische Pandemie-Lage. Dementsprechend müssten kurzfristig Maßnahmen ergriffen werden, um die Fallzahlen zu senken.

OB Dr. Bader verweist auf die Stellungnahme und bittet um Durchsicht. Hinsichtlich des Verwaltungsstabes Corona erklärt er, dass dort viele operative Entscheidungen getroffen würden. So beispielsweise auch zum internen Dienstbetrieb. Es müsse seines Erachtens zwischen laufendem Geschäft der Verwaltung und Entscheidungen größerer Tragweite unterschieden werden. Bei letzterem sei das Gremium selbstverständlich einzubinden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten220
2242. Denkmalschutz für das Schweizer Haus im Weisepark

StR Brinker (Linke) verweist auf den Weisepark, der bereits in der Sitzung vom 16.12.2020 (§ 133 Ziffer 2 ö) Thema gewesen sei. Die Initiative Historisches Kirchheim habe ein Exposé zum Park erstellt und an alle Ratsmitglieder verschickt. Er interessiert sich für den aktuellen Sachstand und die weitere Vorgehensweise. Insbesondere interessiert ihn, ob das Thema in der Folge noch im Gemeinderat beraten werde.

OB Dr. Bader weist auf die Ausführungen von EBM Riemer in der letzten Sitzungsrunde hin. Es sei nicht durchgängig bekannt gewesen, dass das Landesdenkmalamt beide Gebäude unter Denkmalschutz gestellt habe. Diese Ausweisung sei im März 2020 erfolgt. Bei neuen Bauvorhaben würde der Denkmalschutz von Gebäuden regelmäßig überprüft. Die rechtliche Situation lasse er im Moment aufarbeiten. Weiter werde er alle Beteiligten an einen Tisch holen. Hierzu würden für ihn neben der Stadtverwaltung auch der Verschönerungsverein, das Landesdenkmalamt und der Investor gehören. Dadurch könnten alle Fakten auf den Tisch gelegt werden. Alle Beteiligten hätten dann denselben Stand. Er selbst habe im Moment noch kein umfassendes Bild. Er verweist auf die Möglichkeit, den rechtskräftigen Bebauungsplan mit seinem sehr großen Baufenster zu ändern. Jedoch würde dies mit erheblichen wirtschaftlichen Folgen für den Investor einhergehen. Er habe sich selbst vor Ort ein Bild vom Gebäude gemacht. Seines Erachtens dürfe das Haus nicht abgerissen werden. Dies wäre ein Jammer. Er betont, dass ihm ferner die Position des Landesdenkmalamtes noch nicht klar sei. Auf der einen Seite werde das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt. Zum anderen sei bei mangelnder Wirtschaftlichkeit ein Abriss möglich. Ihm seien die Kriterien zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit noch nicht klar. Seiner Auffassung nach sei bei denkmalgeschützten Gebäuden in den seltensten Fällen eine Wirtschaftlichkeit gegeben. Das Gespräch sei aktuell noch nicht terminiert, solle aber zeitnah erfolgen.

StR Kenner (SPD) betont, dass es sich beim Schweizer Haus im Weisepark um ein Stück Kirchheimer Geschichte handle, wenngleich die Aussage, wonach Karl May dort übernachtet habe ein Stück weit relativiert worden sei. Es sei seine Frau gewesen, die vor ihm geflüchtet sei. Er besuche das Haus teilweise bei seinen Stadtführungen. Ihn störe, dass dem Gemeinderat von der Verwaltung im Dezember 2020 gesagt worden sei, dass kein Denkmalschutz bestehe. Die Denkmaleigenschaft wirke sich wesentlich auf die Bewertung in der Öffentlichkeit aus. Er verweist auf die Diskussionen zu Wachthaus und Waldhorn sowie auf Ungereimtheiten in den Aussagen. Ihm ist es wichtig, dass mit denkmalgeschützten Gebäuden in Kirchheim unter Teck sensibel umgegangen werde. Vor diesem Hintergrund begrüße er das Abhalten eines runden Tisches.

OB Dr. Bader schließt sich seinem Vorredner an. Es müsse geklärt werden, warum die Information zum Denkmalschutz nicht durchgängig bekannt gewesen sei. Er werde das Landesdenkmalamt zum runden Tisch einladen. Er

erhofft sich hiervon entsprechende Erläuterungen. Die Wunde „Waldhorn“ sitze - obwohl das Gebäude nicht denkmalgeschützt gewesen sei - nach wie vor tief.

StRin Dahner (Linke) weist auf die großen Bäume im Weisepark hin, auf denen viele Raben sitzen würden. Sie bittet darum, die Bäume in die Diskussionen einzubeziehen, um sie erhalten zu können.

OB Dr. Bader erklärt, dass es zum Naturschutz bereits eine andere Runde mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie dem Landratsamt gegeben habe. Das Gelände verfüge über einen alten Baumbestand, der naturschutzfachlich wertvoll sei. In den Bäumen seien Fledermäuse sowie verschiedene Vogel- und Käferarten beheimatet. An der Erhebung sei nochmals deutlich nachzuarbeiten. Er geht davon aus, dass die Bewertung der Ökologie bis Ende des Jahres dauern werde. Ihm sei es wichtig gewesen, die Umwelt- und Naturschutzverbände aus der Stadt einzubinden. Beim vorliegenden Grundstück gebe es zwei wesentliche Punkte. Zum einen der Denkmalschutz. Zum anderen die Ökologie.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

220 3. Zustand der Wege rund um die Bürgerseen und an der Hahnweide

223

230

235

StR Dr. Rose (CDU) weist auf die große Bedeutung der Naherholung in Pandemie-Zeiten hin. Er selbst habe festgestellt, dass die Wege für Fahrradfahrer und Fußgänger sich oftmals in einem schlechten Zustand befinden würden. Er verweist insbesondere auf die Wege um die Bürgerseen und an der Hahnweide und bittet die Stadtverwaltung um kurzfristige Instandsetzung des Wegenetzes.

OB Dr. Bader betont, dass er keine aktuellen Informationen hierzu habe. Er sichert eine Überprüfung zu.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

- 110 4. Notbetreuung an Schulen und Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang
111 mit der aktuellen Pandemie-Lage
112

OB Dr. Bader geht auf eine Anfrage von StR Schepp (Freie Wähler) zur Notbetreuung an Schulen ein. Gestern Abend sei ein Orientierungspapier mit Stand 06.01.2021 bei der Stadtverwaltung eingegangen. Ab der kommenden Woche werde eine Notbetreuung für die Klassenstufen 1 bis 7 eingerichtet. Voraussetzung für die Inanspruchnahme sei, dass beide Erziehungsberechtigten durch ihre berufliche Tätigkeit keine eigene Betreuung für die Kinder vornehmen könnten und dass auch keine weiteren Betreuungspersonen zur Verfügung stehen würden. Es müsse die Unabkömmlichkeit bei der Arbeit bescheinigt werden. Alternativ müssten die Eltern tatsächlich an der Betreuung gehindert sein. Hierfür bedürfe es in der Regel eines entsprechenden Nachweises. Für die Antragstellung gebe es keine Formvorschriften. Die Beantragung erfolge direkt an der Schule. Seines Wissens funktioniere dies relativ gut. Die Informationskette von den Schulleitungen an die Elternschaft funktioniere. Bis morgen müsse die Inanspruchnahme der Notbetreuung rückgemeldet werden. Es werde jedoch an die Eltern appelliert, die Notbetreuung nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn dies unbedingt erforderlich sei. Die Notbetreuung habe denselben Umfang wie die reguläre Betreuung des Kindes. Dies bedeute, dass die Stunden nach Stundenplan zuzüglich eines etwaig gebuchten Ganztagesangebotes beziehungsweise einer Kernzeitbetreuung abgedeckt seien. Die Lehrkräfte seien für die Betreuung während den Unterrichtsstunden verantwortlich. Die weiteren Angebote würden durch die Stadt abgedeckt. Ziel sei es, die Durchmischung an den Schulen zu verhindern und möglichst kleine, konstante Gruppen zu bilden. Es bestehe ferner die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Wie es ab dem 18.01.2021 weitergehen solle, sei aktuell noch offen. Gemäß den ihm vorliegenden Unterlagen sei geplant, die Grundschulen zu öffnen. Das Land werde in der kommenden Woche prüfen, ob tatsächlich auch Präsenzunterricht an Grundschulen angeboten werden könne. Sollte Präsenzunterricht möglich sein, sei zu entscheiden, ob die weiteren Angebote an Grundschulen, wie beispielsweise die verlässliche Grundschule, ebenfalls angeboten werden. Für die Kindertageseinrichtungen gelte ähnliches. Auch dort könne eine Notbetreuung in Anspruch genommen werden. Die Eltern seien von den Leitungen kontaktiert worden.

StR Schepp (Freie Wähler) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung seiner Anfrage. Hintergrund sei gewesen, dass die Eltern mit Fragen teilweise auf ihn zugekommen seien.

StRin Schmauder (Freie Wähler) geht auf die Unabkömmlichkeitsbescheinigung des Arbeitgebers ein und möchte wissen, ob die alten Bescheinigungen weitergelten würden, nachdem die Zeitschiene knapp bemessen sei.

OB Dr. Bader geht davon aus, dass die bereits ausgestellten Bescheinigungen nochmals eingereicht werden könnten. Eine neue Bescheinigung sei nicht notwendig. Wichtig sei, dass der Arbeitgeber die Unabkömmlichkeit des

Mitarbeitenden bestätige. Andernfalls befürchte die Stadtverwaltung, dass die Notbetreuung sich nicht erheblich vom Regelbetrieb unterscheiden würde.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

- 350 5. Meinungsbild des Rates zur ersten digitalen Sitzung des Kirchheimer
351 Gemeinderates

OB Dr. Bader verweist auf die anstehende Sitzungsrunde und bittet um ein Stimmungsbild aus den Fraktionen und Gruppierungen zur ersten digitalen Sitzung des Gemeinderates. Er betont hierbei, dass die Anwendbarkeit dieses Formats auch wesentlich mit der Tagesordnung zusammenhänge. Unter dem Gesichtspunkt des Infektionsschutzes halte er diese Vorgehensweise für ideal. Jedoch leide seines Erachtens die Diskussionskultur. Zudem würden die Abstimmungen wesentlich länger dauern. Er bittet um Rückmeldungen. Gegebenenfalls werde auch nochmals eine kurze Sitzung des Ältestenrates hierzu einberufen.

BM Wörner bestätigt, dass die Möglichkeit abhängig von der Tagesordnung sei. Ferner könne sich die Frage einer digitalen Sitzung seines Erachtens aus Gründen der personellen Leistbarkeit lediglich auf die Sitzung des Gemeinderates erstrecken.

OB Dr. Bader verweist auf den Ältestenrat, in dem diese Fragestellung erörtert werden könne. Die Gruppierungen könnten der Verwaltung ihre Auffassungen gerne vorab per E-Mail mitteilen.

gez.
Reichle